

Grenzenlose Gesellschaft ?

- 29. Kongress der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie
- 16. Österreichischer Kongress
für Soziologie
- 11. Kongress der Schweizerischen
Gesellschaft für Soziologie

Freiburg im Breisgau 1998

Band II / 2
Ad-hoc-Gruppen
Foren

herausgegeben von Hermann Schwengel
unter Mitarbeit von Britta Höpken



Centaurus-Verlagsgesellschaft
Pfaffenweiler 1999

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	V
AD-HOC-GRUPPEN	1
Anerkennung und Arbeit	1
Stephan Voswinkel: Einleitung	1
Stephan Voswinkel: Anerkennung und Arbeit – ein Problemaufriß am Beispiel der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	2
Petra Frerichs: Die Ungleichheit sozialer Anerkennungschancen nach Klasse und Geschlecht	6
Hermann Kotthoff: Anerkennung und sozialer Austausch. Die soziale Konstruktion von Betriebsbürgerschaft	9
Ursula Holtgrewe: Anerkennungs- und Mißachtungsverhältnisse im Prozeß organisationeller Transformation	12
Johanna Hofbauer / Ulli Pastner: Von den „Mädels im Management“ und den „Damen aus der Reinigung“ – über den Widerspruch in der Anerkennung von Frauenarbeit	15
Eva Senghaas-Knobloch / Brigitte Nagler: Von der Arbeitskraft zur Berufsrolle? Anerkennung als Herausforderung für arbeitskulturelle Entwicklungen im Rahmen neuer Managementkonzepte	18
Gabriele Wagner: Moderne Subjekte zwischen Kompetenzsteigerung, Erosion und postmoderner Vielfalt – zur berufsbiographischen Aktualisierung von Anerkennungsverhältnissen	21
Auguste Comte 1798–1998	24
Karl Heinz Hillmann: Einleitung	24
Martinus Emge: Saint-Simon und Comte	25
Otwin Massing: Die Gesellschaftslehre Comtes als „Modell“? Über Sinn und Unsinn von Soziologiegeschichte	28
Hermann Korte: Warum Auguste Comte zurecht als erster Soziologe gilt	30
Werner Fuchs-Heinritz: Durkheims Rezeption von Comte: Neuansatz oder Weiterführung?	32
Gertraude Mikl-Horke: Auguste Comte und die Anfänge der Soziologie in Österreich	36
Yvonne Bernart: Die Rezeptionsgeschichte Auguste Comtes in Deutschland (1859 – 1997)	39
Karine Chaland: Auguste Comtes Theorie der Familie	43

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Grenzenlose Gesellschaft? :

29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ;

16. Österreichischer Kongress für Soziologie ;

11. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie ;

Freiburg im Breisgau 1998. –

Pfaffenweiler : Centaurus-Verl.-Ges.

Bd. 1 im Verlag Leske und Budrich, Opladen

Bd. 2. / Hrsg. von Hermann Schwengel unter Mitarb. von Britta Höpken

Teil 2. Ad-hoc-Gruppen, Foren 1999

ISBN 3-8255-0290-2

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS-Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenweiler 1999

Satz: Britta Höpken

Druck: primotec-printware, Herbolzheim

vom Markt auf der Grundlage des Leistungsprinzips, sondern zusätzlich auch vom Staat auf der Basis von Bedürfnis- und Gleichheitsprinzip verteilt werden sollen. Die empirische Analyse basiert auf einem Indikator, der für verschiedene Güterverteilungen danach fragt, ob der Staat eine Verantwortung übernehmen soll oder nicht. Bei sechs der sieben abgefragten Güterverteilungen sind die Unterschiede den Erwartungen entsprechend. Die Höhe der Zustimmung zur staatlichen Verantwortung ist in den USA am geringsten, sie ist am stärksten in den Neuen Bundesländern, und die Alten Bundesländer liegen in der Mitte (Tab. 1). In derselben Reihenfolge nimmt *innerhalb* der Länder die Variation zwischen den verschiedenen Güterverteilungen ab. In den USA lassen sich deutlich zwei Gruppen von Gütern identifizieren, solche mit sehr hoher und solche mit niedriger normativer Staatsverantwortung. Während sich die erste Gruppe dadurch auszeichnet, daß Staatseingriffe keine Verletzung des Leistungsprinzips bedeuten (z. B. Kranke, Alte), kollidiert bei der zweiten Gruppe der Staatseingriff mit dem Leistungsprinzip (z. B. Arbeitslose). Konturen dieses Musters lassen sich ebenfalls noch in den Alten Bundesländern auffinden, in den neuen ist es verschwunden. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen präferiert bei allen Güterverteilungen staatliche Eingriffe.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die empirische Analyse konnte zeigen, daß in bezug auf die Marktwirtschaft und den Wohlfahrtsstaat die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Gerechtigkeitsprinzipien verschwimmen. Entgegen der Erwartung unterscheiden sich hinsichtlich der *Marktwirtschaft* Deutschland und die USA nur wenig. In beiden Ländern präferieren die Bürger auch die Berücksichtigung des wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnisprinzips. Die Legitimität einer reinen Marktwirtschaft ist also nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA nicht sehr ausgeprägt. Deutlicher und im Sinne der Erwartung sind die Länderunterschiede in bezug auf den *Wohlfahrtsstaat*. Während in den USA die Grenzen des Bedürfnis- und Gleichheitsprinzips gegenüber dem konkurrierenden Leistungsprinzip relativ eng gezogen sind, ist dies in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland – weniger der Fall. Letztlich bilden sich in diesen unterschiedlichen Grenzziehungen die unterschiedlichen nationalen Wohlfahrtsstaatsmodelle ab, in denen die Bürger aufgewachsen sind. In den neuen Ländern läßt sich unter anderem aus diesem Grund nur eine begrenzte Legitimität des bundesrepublikanischen Sozialstaats feststellen (Roller 1997).

Literatur:

- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge
 Fuchs, Dieter (1997): *Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland?*
 In: Gerhard Göhler (Hrsg.): *Institutionenwandel*. Sonderheft 16 des *Leviathan*, Opladen: 253–284

Hochschild, Jennifer L. (1981): *What's Fair?* Cambridge, Mass.

Roller, Edeltraud (1997): *Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung*. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: 115–146

*Dr. Edeltraud Roller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung,
 Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin*

Akteure und Deutungsmuster im Abtreibungskonflikt: Deutschland und USA im Vergleich

JÜRGEN GERHARDS / DIETER RUCHT

Fragestellung

Akteure, die die Deutung von politisch kontroversen Themen beeinflussen wollen, werden vor allem versuchen, die Massenmedien zu beeinflussen, weil die Medien die Öffentlichkeitsarena darstellen, die von den meisten Bürger wahrgenommen wird. Die Einflußnahme auf die mediale Kommunikation bestimmt sich zum einen durch die Häufigkeit, mit der die Akteure in den Medien zu Wort kommen und zitiert werden („standing“), zum anderen durch die Häufigkeit, mit der sie ihre Deutungsmuster eines Themas in den Medien plazieren können („framing“). Wir sind in einem ländervergleichenden, empirischen Projekt der Frage nachgegangen, welche Unterschiede es im „standing“ und „framing“ in der öffentlichen Debatte über Abtreibungen zwischen Deutschland und USA gibt und wie man diese Unterschiede erklären kann.

Methode

Grundlage der Untersuchung bildet zum einen eine systematische Inhaltsanalyse der vier Tageszeitungen *New York Times*, *Los Angeles Times*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über den Zeitraum 1970 bis 1994. Die Codiereinheit bilden die Aussagen von Akteuren in Zeitungsartikeln. Das „standing“ von Akteuren messen wir durch die Häufigkeit, mit der Akteure in den Medien zitiert werden. Das „framing“ messen wir durch eine Klassifikation der Argumente, die Akteure benutzen, um das Thema Abtreibung zu interpretieren. Die systematische Inhaltsanalyse wurde ergänzt durch eine weitgehend standardisierte Befragung der an der Abtreibungsdebatte beteiligten kollektiven Akteure, mit deren Hilfe wir die Ressourcen, Präferenzen und Kontaktnetze der einzelnen Akteure rekonstruieren.

Ergebnisse

Im Hinblick auf das „standing“ der Akteure zeigt sich, daß in Deutschland staatliche Akteure (vor allem die Legislative) und Parteien deutlich stärker in den Medien repräsentiert sind als in den USA, während umgekehrt in den USA Akteure der Zivilgesellschaft (Interessengruppen, soziale Bewegungen und individuelle Sprecher) ein höheres „standing“ erreichen als in Deutschland. Der Abtreibungsdiskurs in Deutschland ist ein staatszentrierter Diskurs, in den USA ein von der Zivilgesellschaft dominierter Diskurs. Wir erklären diese Länderunterschiede im „standing“ durch ein Zusammenspiel von drei verschiedenen Faktoren: Zum einen zeigt sich, daß die zivilgesellschaftlichen Akteure und vor allem die sozialen Bewegungen in den USA über mehr Ressourcen für Medienarbeit verfügen und eine intensivere und professionellere Medienarbeit betreiben als die zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland. Zum zweiten unterscheiden sich die Journalisten, die die „gatekeeper“ zur medialen Arena sind, in ihren Aktivitäten in den beiden Ländern. Journalisten in den USA kontaktieren von sich aus häufiger die zivilgesellschaftlichen Akteure als die deutschen Journalisten. Schließlich spiegelt sich in dem unterschiedlichen „standing“ von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Medien auch der Unterschied in der institutionellen Struktur der beiden politischen Systeme: Die Entscheidungsbefugnisse der bundesstaatlichen Akteure (vor allem der Legislativen) im Abtreibungsfall sind in Deutschland höher als in den USA. Die höhere Machtausstattung der staatlichen Akteure in Deutschland verschafft ihnen und ihren öffentlichen Aussagen einen höheren Nachrichtenwert und dies erklärt mit ihr höheres „standing“ in den Medien.

Zur Bestimmung der „framing“-Unterschiede zwischen den beiden Ländern haben wir acht verschiedene Deutungsmuster unterschieden, die selbst wiederum in verschiedene Teilrahmen differenziert sind. Das Thema Abtreibung kann recht unterschiedlich gedeutet und in verschiedene Deutungsmuster eingepaßt werden. Man kann die Abtreibungsfrage z. B. als Frage sozialer Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Schichten interpretieren; man kann Abtreibungen aber auch zur zentralen Frage weiblicher Selbstbestimmung erklären oder aber auf die Frage beziehen, ob dem Staat überhaupt das Recht zusteht, die private Entscheidungssituation gesetzlich zu regeln. Je nach Deutungsmuster erhält das Thema eine andere Bedeutung und eine andere Überzeugungsqualität. Die Unterschiede in der Verwendung von Deutungsmustern in den beiden Ländern sind insofern schwer zu beschreiben, weil dies eine genaue Deskription der verschiedenen Deutungsmuster voraussetzen würde, wofür hier nicht der Raum zur Verfügung steht. Deshalb konzentrieren wir uns im folgenden auf die Darstellung nur eines, wenn auch wesentlichen Unterschieds in der Deutung des Abtreibungsthemas in den beiden Ländern.

Der wichtigste Deutungsrahmen in der Bundesrepublik bildet der „frame“, der die Abtreibungsfrage darauf bezieht, ob es sich bei dem Fötus um Leben handelt. Der wichtigste Deutungsrahmen in den USA ist hingegen das Deutungsmuster, das das Abtreibungsthema als Frage nach den Rechten des Staates in der Regulierung der Privatsphäre behandelt. Wir vermuten, daß sich die Tatsache, daß in den beiden Ländern unterschiedliche Deutungsmuster die jeweilig dominanten Rahmen darstellen, mit Rekurs auf eine historisch unterschiedlich strukturierte politische Kultur verstehen läßt. In der Werteordnung der Bundesrepublik hat das Prinzip „Schutz des Lebens“ eine Sonderstellung inne. Die zentrale Stellung dieses Werts wird unterstrichen durch die Tatsache, daß er an vorderster Stelle des Grundgesetzes definiert wird. Es gibt in der Bundesrepublik – im Unterschied zu den USA, wo in den meisten Einzelstaaten die Todesstrafe legalisiert ist – keine Ausnahmebestimmung, die es erlaubt, gegen Artikel 2 des Grundgesetzes zu verstoßen. Diese in der Verfassung zum Ausdruck kommende Wichtigkeit des Lebensschutzes ist vorstrukturiert durch die historischen Erfahrungen der NS-Zeit und die Interpretation dieser Erfahrungen nach 1945. Der Nationalsozialismus hatte gegen den Schutz des ungeborenen Lebens durch eine rassistisch motivierte Abtreibungsregelung und gegen das existierende Leben durch Massenvernichtungen massiv verstoßen. Bei der Gründung der Bundesrepublik diente der Nationalsozialismus als Kontrastbezug für die Legitimierung der neuen politischen Ordnung. Die historischen Erfahrungen und die Deutung dieser Erfahrungen für die Identitätskonstruktion der Bundesrepublik hat eine gesteigerte Sensibilität für mögliche Verletzungen menschlichen Lebens erzeugt. Diese generalisierte kulturelle Disposition macht die Verbindung der Abtreibungsfrage mit dem Wert des Lebensschutzes in Deutschland überdurchschnittlich resonanzfähig.

Auch für die Tatsache, daß das Deutungsmuster „Privatheit versus staatliche Aufgaben“ in den USA das wichtigste Deutungsmuster der Abtreibungsfrage darstellt, spielen kulturell-geschichtliche Voraussetzungen eine bedeutsame Rolle. Das konstruierte Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaft betont seit der Auswanderung der Puritaner aus England das Prinzip der Freiheit und Selbstbestimmung in Abgrenzung und Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Regulierungen. Die historische Erfahrung einer staatlichen Verfolgung von Religiosität wird im Gründungsmythos der USA stilisiert und begründet das Credo für eine Sicherung der Selbstorganisation der Menschen und eine skeptische Grundhaltung gegenüber einer staatlichen Regulierung. Diese Grundidee ist eine strukturierende Idee der amerikanischen Kultur bis heute. Im Unterschied dazu ist die Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Eingriffen in Deutschland weit geringer ausgeprägt, das Schutzbedürfnis der Privatsphäre gegenüber dem Staat schwächer. Diese unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen in Deutschland und den USA machen eine Platzierung des Abtreibungsthemas in dem Deutungsrahmen „Privatsphäre versus Staat“ in den USA resonanzfähiger als in Deutschland. Die kulturelle

Gelegenheitsstruktur ist in beiden Ländern unterschiedlich und dies führt in der Folge zu einem anderen Deutungsverhalten der Akteure des Abtreibungsthemas in Deutschland und in den USA.

Literatur:

Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm / Rucht, Dieter (1998): Zwischen Diskurs und Palaver: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik. Opladen

Ferree, Myra Marx / Gamson, William A. / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter (2000): *Collective Actors and the Public Sphere: Abortion Discourse in the U.S. and Germany*

Prof. Dr. Jürgen Gerhards, Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften, Augustusplatz 9, D-4109 Leipzig

PD Dr. Dieter Rucht, University of Kent, Darwin College, Department of Sociology, GB Canterbury CT2 7NY

Amerikanische und deutsche politische Kultur der 80er Jahre – einige Bemerkungen zu Konvergenz und Divergenz

STEPHEN KALBERG

Bestimmte Schwächen und Stärken kennzeichneten die politische Kultur der USA in den 80er Jahren. Da „politisch-ethisches“ Handeln in der amerikanischen Gesellschaft in Form eines anhaltenden Spannungsverhältnisses zwischen einem „civic“-orientierten, individuellen Ethos und öffentlichen Idealen einerseits und der Zweckrationalität, die den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zugrundelag, andererseits, weit verbreitet war – somit also stets unabhängig vom Staat und seinen Aufgaben existierte – konnte weder ein umfassender Wohlfahrtsstaat noch eine „gemischte“ Wirtschaftsordnung jemals eindeutige Legitimation erlangen. Durch die Konstellation „schlanker Staat/Selbstverantwortlichkeit“ war es nicht möglich, die Bürger vor den vielfältigen Belastungen zu schützen, die eine fortschreitende Industrialisierung mit sich bringt, so daß sich soziale Probleme in einem Maße entwickeln konnten, das in allen anderen industrialisierten Ländern unvorstellbar wäre.

Die amerikanische politische Kultur in den 80er Jahren wies auch einige Stärken auf. Ihre einzigartige Konfiguration – eine starke Betonung individueller Rechte und Selbstverantwortlichkeit sowie die begrenzte Befugnis des Staates, vermischt mit politisch-ethischem Handeln, welches sich an den öffentlichen Idealen von universalem fairem Verhalten, Gerechtigkeit, Chancengleichheit und sozialem Vertrauen orientierte – machte einen lebhaften und allgegenwärtigen Bürgeraktivismus möglich. Das unterscheidende Merkmal war eine gut ausgeprägte Fähigkeit, Widersprüche zwischen der empirischen Realität und den öffentlichen Idealen zu erkennen und darauf zu reagieren, anstatt sich auf Wahlen, politische Parteien oder den Staat zu verlassen. So war beispielsweise die Diskrepanz zwischen Idealen universaler Gleichheit und der gemeinsamen Erfahrung von Ungleichheit und Diskriminierung Anstoß genug für die Entstehung einer Reihe von sozialen Bewegungen (Frauenbewegung, Bewegung der Homosexuellen, usw.) so wie es früher bei der Bürgerrechtsbewegung der Fall war.

Diese Komponente der amerikanischen politischen Kultur – der weitverbreitete Aktivismus und die Fähigkeit, politisch-ethisches Handeln immer wieder neu zu beleben und sich somit praktisch selbst gegen bürgerliche Gleichgültigkeit zu impfen – enthielt in ihrem Kern ein potentiell gefährliches Element, welches gerade in der deutschen Konfiguration abwesend war. Die Tragweite und der starke Einfluß öffentlicher Ideale enthielt die Möglichkeit, daß jegliches Handeln in ihrem Sinne rasch in moralische „Reinigungskampagnen“ ausartete. Das Eintreten dieser Möglichkeit schien aufgrund des Nebeneinanders zweier miteinander verknüpfter Faktoren recht wahrscheinlich, nämlich wegen der Betonung der Verpflichtung des Individuums, über ein breites Spektrum von Aktivitäten im öffentlichen Bereich hinweg ethisch zu handeln sowie wegen eines dauerhaften Erbes des asketischen Protestantismus, welches systematisch die Schaffung eines moralischen Allgemeinwohls auf Erden anstrebte.

Zusätzlich muß noch ein weiterer einflußreicher Faktor dieses Problems angeführt werden: Die ungewöhnliche Fähigkeit der amerikanischen Konfiguration, eine Reihe von öffentlichen Idealen auf ein Podest zu stellen und die Bürger zu mutiger Selbstverantwortlichkeit, ja gar zu Fanatismus aufzurufen, um von ihnen geweckte Hoffnungen zu erfüllen, rührte unter anderem auch daher, daß andere stabile Grundlagen sozialer Einheit, wie etwa gemeinsame ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Geschichte nicht vorhanden waren. Im direkten Gegensatz zu Deutschland akzentuierte der Verzicht der amerikanischen politischen Kultur auf alle gezielte Bemühungen, dem Staat eine bedeutende Integrationsfähigkeit zu verleihen, diese Gefahr noch deutlicher. Darin liegt sowohl das zentrale Dilemma Amerikas als auch seine Einzigartigkeit. Andauernde moralische Kampagnen alleine beleben das politisch-ethische Handeln in seinem Kern und sind somit unentbehrlich, solange auf eigenen Vorteil bedachte Kalkulationen in den Bereichen Politik und Wirtschaft unter Kontrolle gehalten werden müssen. Gleichzeitig könnten solche Kreuzzüge eine direkte Bedrohung der persönlichen